KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 742 Anfrage Schumacher Markus und Mit. über das Sicherheitsgefühl im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Markus Schumacher ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Markus Schumacher: Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen. Sie sind ausführlich beantwortet, wenn auch aus meiner Sicht zu einseitig und nur mit Statistiken begründet. Ich habe meine Anfrage nicht gestellt, weil es mehr Kriminalität gibt. So gesehen stimmen die Statistiken, was die Anzahl Fälle betrifft. Ich habe sie gestellt, weil wir immer wieder und immer öfter über schockierende, brutale Gewaltakte in unserem Kanton Luzern in den Medien lesen müssen. Was nämlich zunimmt, ist die Brutalität krimineller Taten, und das wird in der Bevölkerung wahrgenommen und macht Angst. Da gibt es den schockierenden Fall im letzten Herbst. Auf dem Nachhauseweg am frühen Freitagmorgen wird eine 35-jährige Frau in der Stadt Luzern brutal vergewaltigt. Alle der Polizei erlaubten Kanäle der Ermittlungen werden ausgeschöpft. Zeugenaufrufe über alle Medienkanäle sowie auf Facebook, Twitter und Instagram wurden gestartet, auch gemachte Videoaufnahmen wurde nachgefragt, damit man den Täter fassen kann. Dass die Täter-DNA zum Ermittlungserfolg führen kann, zeigte sich im Jahr 2018. Damals nahm die Polizei einen 32-jährigen Mazedonier fest, der mehrfach Frauen sexuell genötigt hatte. Sogar eine rund acht Jahre zuvor versuchte Vergewaltigung konnte dem Mann dank DNA-Spuren noch nachgewiesen werden. Doch es gibt leider auch andere Beispiele: Im Fall der Vergewaltigung in Emmen konnte der Täter bisher trotz DNA-Spuren und Massentests nicht ermittelt werden. Wie die Kriminalstatistik der Luzerner Polizei zeigt, gibt es einen Anstieg von schweren Delikten, im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr um rund 10 Prozent. Bei Vergewaltigungen liegen wir dauerhaft bei etwa 24 bis 26 Delikten pro Jahr. Ich frage in die Runde: Wollen wir das tatsächlich so weiter tolerieren? Die SVP will das definitiv nicht. Es reich jetzt bald einmal. Es gibt weitere Fälle von brutaler Gewalt: Tatort Gewerbegebiet Schäracher in Geuensee: Mehrere Personen gehen aufeinander los. Dabei kam ein 20-jähriger Kosovare ums Leben. Weitere Personen mussten laut der Luzerner Polizei mit teils schweren Verletzungen in Spitäler gebracht werden. Bei den über einem Dutzend Beteiligten handelt es sich gemäss offiziellen Angaben um Personen aus Syrien, dem Irak, Nordmazedonien und der Schweiz. Schauplatz Emmenbrücke: Es sind brutale Szenen, die sich abspielen. Mitten im Feierabendverkehr prügeln Bosnier auf einen Serben auf brutalste Weise ein. Der Fall dieser Familienfehde war bekannt und hätte verhindert werden können beziehungsweise müssen. Sind die Härtefallmassnahmen da eine Prävention, die so etwas verhindert? Ich weiss es nicht. Auffällig ist, dass Massenschlägereien unter Jugendlichen zugenommen haben. Das stellt man auch im Kanton Zürich fest. Dort hat die Zahl der Gewaltdelikte unter Jugendlichen bereits 2019 um über einen Drittel zugenommen.

Zunehmende Gewalt ist in allen Bereichen festzustellen. Gewaltausbrüche in brutalster Form, wie sie hier nicht einmal im Ansatz dargestellt werden können, nehmen laufend zu. Wir erleben derzeit eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft. In keiner Stadt wird die Polizei so oft angepöbelt wie in der Stadt Luzern. Luzern ist in diesem Ranking die unbestrittene Nummer eins in der Schweiz. Auf all diese Unsicherheitsfaktoren ging man in der Beantwortung meiner Anfrage nicht ein. Nur ist jeder Mord, jede Vergewaltigung, jede Schlägerei und jeder Polizist, der sich anpöbeln lassen muss, weil er seiner Pflicht nachkommt, für die SVP zu viel und muss angegangen werden. Wir werden uns weitere Massnahmen überlegen müssen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Statistiken sind eines. Jeder Fall ist eine Tragödie, vor allem wenn es um Gewaltanwendung geht. Wir brauchen die entsprechenden Ressourcen, denn damit können wir mehr Prävention machen und präventive Präsenz leisten. Prävention bedeutet auch, an den Schulen Jugendliche gegen Gewalttätigkeiten zu sensibilisieren. Die präventive Präsenz bedeutet die Präsenz der Polizei in der Stadt, auf dem Land und an Hotspots. Das benötigt zusätzliche Ressourcen, das stellen wir im Planungsbericht zum Organisationsentwicklungsprozess fest. Es hat sich gezeigt, dass die Destabilisierungsgeräte wie Taser eine sehr gute präventive Wirkung haben, damit es nicht zu Gewalttätigkeiten kommt. Die Ausrüstung muss also auch gegeben sein. Nach einem Gewaltdelikt braucht es zudem die Ressourcen, um die Ermittlung und Aufklärung machen zu können. Die nobelste Aufgabe, welche die Polizei und wir alle machen können, ist die Sensibilisierung, die Prävention, damit es nicht zu solchen Gewaltdelikten kommt. Tatsächlich gibt es Phänomene wie Massenschlägereien und andere Gruppendelikte. Das führt zur Erkenntnis, dass man an solchen Hotspots heute nicht mehr mit einer Doppelpatrouille, sondern zu sechst oder zu acht dagegen vorgehen muss. Hier sind wir wieder beim Thema der Ressourcen. Die Statistik selbst ist relativ stabil. Man kann sagen, sie sei viel zu hoch. Es ist aber nicht so, dass wir eine dramatische Zunahme hätten, sondern die Lage ist relativ stabil. Ich denke nicht, dass das befriedigend ist, aber man kann nicht aus den Zahlen von einem Jahr zum anderen herauslesen, dass unsere Massnahmen versagt haben. Wir brauchen ein Gesamtpaket, dazu gehört auch das Bedrohungsmanagement. Wir brauchen die Polizei, wir brauchen die Sozialarbeit an den Schulen usw., um Gewalt einzudämmen. Letztlich ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, welche die Polizei allein nicht bewältigen kann.